Datum: 07.03.2024

Az.: sey-ls

Beschlussvorlage - öffentlich -

	Beratungsfolge	Datum
1.	Haupt- und Finanzausschuss	20.03.2024
2.	Rat der Stadt Bergkamen	20.03.2024

Betreff:

Budget- und Produktbericht 2023

Bestandteile dieser Vorlage sind:

1. Das Deckblatt
2. Der Beschlussvorschlag und die Sachdarstellung
3. 1 Anlage

Der Bürgermeister	
Bernd Schäfer	

Amtsleiter	Sachbearbeiter	Sichtvermerk StA 20
Hartl	Seyfert	Haeske

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Bergkamen nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Sachdarstellung:**Entwicklung der Budgets**

Nach Ablauf des Jahres 2023 haben die Budgetverantwortlichen Stellungnahmen zur Entwicklung ihrer Budgets abgegeben. Die Produktverantwortlichen nehmen in ihren Berichten Stellung zur Zielerreichung sowie Leistungsentwicklung ihrer Produkte.

Die Stellungnahmen beinhalten neben Aussagen über die bisherige Entwicklung der Budgets auch Prognosen über das voraussichtliche Ergebnis im Jahr 2023. An dieser Stelle können noch keine Jahresabschlusszahlen vorgelegt werden, da der formelle Buchungsschluss für 2023 zum 31.01.2024 zwar festgesetzt wurde, aber etwaige Abschlussbuchungen immer noch erfolgen können. Die Haushaltsauswertungen, als Basis für die Budgetberichte, wurden Ende Januar 2024 erstellt, um die Vorlagen termingerecht vorlegen zu können.

Die Stellungnahmen der Budgetverantwortlichen beziehen sich ausschließlich auf den Teil des Budgets, den sie beeinflussen können. Erträge bzw. Aufwendungen aus der Auflösung von Sonderposten sowie Abschreibungen werden vom StA 20 nach Abschluss des laufenden Haushaltsjahres gebucht.

Da die Budgetverantwortlichen mithin keinen Einfluss auf die Ergebnisse dieser Sachkonten haben und auch vom StA 20 noch keine verbindliche Prognose zu den Ergebnissen dieser Konten abgegeben werden kann, sind sie zwingend von der aktuellen Betrachtung auszuschließen. Nur so kann ein unverzerrtes Bild des voraussichtlichen Budgetergebnisses dargestellt werden.

Die Anlage zu dieser Vorlage beinhaltet die Stellungnahmen zu den Budgets und Produkten, für die der Haupt- und Finanzausschuss laut Zuständigkeitsordnung verantwortlich ist.

Ferner sind die Stellungnahmen zu den Buchungsstellen beigefügt, die in Deckungskreisen zusammengefasst zentral von den Zentralen Diensten und vom StA 65 bewirtschaftet werden. Des Weiteren sind die Budgetberichte beigefügt, die in ihrer Ergebnisdarstellung von der Prognose erheblich abweichen.

Inhalt der Vorlage:

Budget	01.01	Gleichstellungsstelle
	01.02	Personalrat
	01.03	Bürgermeisterbüro
	01.04	Wirtschaftsförderung, Tourismus
	01.10	Zentrale Dienste
	01.14	Rechnungsprüfungsamt
	03.20	Amt für Finanzen und Steuern
	04.23	Immobilienwirtschaft
	09.20	Allgemeine Finanzwirtschaft
	Produkt	01.11.01
01.11.03		Zentrale Dienste und Organisationsangelegenheiten
01.11.04		Personalmanagement
01.11.05		Presse, Öffentlichkeitsarbeit, Städtepartnerschaften
01.11.06		Technische Informationsverarbeitung
01.11.07		Rechnungsprüfung
01.11.08		Amt für Recht und Vergabe, Abt. Recht
01.11.09		Amt für Recht und Vergabe, Abt. Recht
01.11.10		Finanzmanagement
01.11.11		Rechnungswesen
01.11.12		Vollstreckung
01.11.13		Steuern und sonstige Abgaben
01.11.14		Beschaffung und Bereitstellung von Liegenschaften
01.11.16		Technisches Immobilienmanagement/Hochbau
01.11.17		Amt für Recht und Vergabe, Abt. Vergabe
01.11.19		Archiv
01.11.20		Bürgermeisterbüro
02.12.01		Statistik und Wahlen
11.53.02		Beteiligung an den Gemeinschaftsstadtwerken (Versorgung)
11.53.03		Beteiligung an den Gemeinschaftsstadtwerken (Gas)
11.53.05		Beteiligung an den Gemeinschaftsstadtwerken (Wasser)
15.57.01		Wirtschaftsförderung
15.57.02		Tourismus
15.57.03		Stadtmarketing
16.61.01		Allgemeine Finanzwirtschaft (inhaltlich deckungsgleich mit dem Budget 09.20, s. daher: Ausführungen zum Budget 09.20)
16.61.02		Allgemeine Finanzwirtschaft (inhaltlich deckungsgleich mit dem Budget 09.20, s. daher: Ausführungen zum Budget 09.20)

Entwicklung des Gesamtergebnisplanes

Unter Berücksichtigung der vorliegenden Prognosen der Budgets sowie der Deckungskreise ergeben sich für den gesamten Ergebnisplan zum Jahresende 2023 voraussichtlich **Haushaltsverbesserungen** rechnerisch in Höhe von **14.473 T€**.

Gemäß NKF-Haushalt war für 2023 ein Jahresergebnis von **+ 180 T€** veranschlagt. Demnach ergibt sich vorläufig ein Jahresergebnis von **14.653 T€**:

Der Kämmerei liegen aktuell zahlreiche Rückstellungsanträge vor, welche das Jahresergebnis noch verschlechtern werden.

Bei den Instandhaltungsrückstellungen und sonstigen Rückstellungen sind noch Zuführungen in einer Größenordnung von insgesamt 3,1 Millionen € zu berücksichtigen.

Haushaltsverbesserungen:	14.473 T€
Geplantes Jahresergebnis:	180 T€
Rückstellungsbildungen:	<u>- 3.100 T€</u>
	11.553 T€

Gesamtbeurteilung des Ergebnisplanes

Zusammengefasst ergeben sich für 2023 bislang folgende Abweichungen:

	Verbesserung (+) bzw. Verschlechterung (-) in T€
Budgetbereich 1	- 191
Budgetbereich 2	- 234
Budgetbereich 3	+ 465
Budgetbereich 4	- 35
Budgetbereich 9	+ 13.909
Deckungskreis Personal	+ 1.350
Deckungskreise Sachkosten	- 791
Ergebnishaushalt gesamt	+ 14.473

Hinweis zu den Budgetverbesserungen bzw. -verschlechterungen:

Die ausgewiesenen Zahlen basieren auf Auswertungen von Ende Januar 2024.

Ergänzend ist noch darauf hinzuweisen, dass durch die Kämmerei noch weitere Jahresabschlussbuchungen nach den Bestimmungen des NKF, wie z.B. Abschreibungen, Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, Pensions/ Beihilfe-Rückstellungen, etc. sowie Rechnungsabgrenzungen durchzuführen sind. Auf die Auswirkungen dieser Buchungen kann in den Stellungnahmen von den Budgetverantwortlichen nicht eingegangen werden, da sie keinen Einfluss auf die einschlägigen Buchungsstellen nehmen können. Mithin werden aus sachlichen und rechtlichen Gründen noch Veränderungen gegenüber der Prognose dieser Sachdarstellung eintreten.

Gesamtentwicklung der städtischen Finanzen

Es folgt an dieser Stelle eine zusammenfassende Darstellung der von den Budgetverantwortlichen prognostizierten voraussichtlichen Jahresergebnisse der einzelnen Budgets in 2023

Budgets	Budgetergebnis	Summe in T€
Budgetbereich 1. Allgemeine Verwaltung		
01. Gleichstellungsstelle		+/- 0
02. Personalrat		- 7
03. Bürgermeisterbüro		+ 29
04. Wirtschaftsförderung		+ 81
10. Zentrale Dienste		-264
14. Rechnungsprüfungsamt		+/- 0
68. Baubetriebshof		- 30
	Summe Budgetbereich 1.	- 191
Budgetbereich 2. Ordnung und Soziales		
33. Bürgerdienste, Ordnung und Soziales		+ 2.827
40. Schulverwaltung, Weiterbildung und Sport		+ 991
51. Jugendamt		- 4.052
	Summe Budgetbereich 2.	- 234
Budgetbereich 3. Finanzen und Kultur		
20. Finanzen und Steuern		+ 318
30. Amt für Recht und Vergabe		+ 108
41. Kulturreferat		+ 39
	Summe Budgetbereich 3.	+ 465
Budgetbereich 4. Bauen und Wohnen		
23. Immobilienwirtschaft		+217
60. Bauaufsicht, Bauberatung, Bauverwaltung		- 45
61. Stadtplanung, Straßen u. Grünflächen		- 207
	Summe Budgetbereich 4.	- 35
Budgetbereich 9. Allgemeine Finanzwirtschaft		
9. Allgem. Finanzwirtschaft		+13.909
	Summe Budgetbereich 9.	+ 13.909
	Summe aller Budgets	+ 13.914
Ergebnis der Deckungskreise:	Verbesserung:	+ 559
Gesamtprognose:	Verbesserung:	+ 14.473

Bei den oben ausgewiesenen Summen handelt es sich um prognostizierte Jahresbeträge. Die als Anlage beigefügten Budgetberichte wurden aufgrund hochgerechneter Zahlen, auf Basis der Zwischenergebnisse von Ende Januar 2024, ermittelt. Im Anschluss hieran folgt eine Erläuterung zu den Budgets die wesentlichen Abweichungen zu den geplanten Ansätzen aufweisen.

Wirtschaftsförderung Budget 01.04

Auf der Kostenstelle „Erstattung von Sondervermögen“ wurden rund 39 T€ nicht abgerufen, da die geplanten Bau- und Projektmaßnahmen im Breitbandbereich nicht wie geplant umgesetzt werden konnten. Die übrigen 41 T€ verteilen sich auf vier weitere Kostenstellen.

Insgesamt schließt das Budget mit einer **Verbesserung** von rund **81 T€** ab.

Zentrale Dienste Budget 01.10

Bei der Mittelbeantragung für das Haushaltsjahr 2022/2023 war nicht zu erwarten, dass bei der Kommunalwahl 2020 sechs Fraktionen in den Rat einziehen und somit die beantragten Mittel in ihrer Höhe nicht ausreichend sind. In diesem Zusammenhang mussten darüber hinaus extern Räumlichkeiten angemietet werden, um hier den Geschäftsführern der zusätzlichen Fraktionen Arbeitsplätze vorhalten zu können. Hier sind Mehraufwendungen in Höhe von 33 T€ entstanden. Des Weiteren mussten überplanmäßige Mittel für die Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeiten in Höhe von 108 T€ bereitgestellt werden. Hintergrund ist der Anstieg der monatlichen Aufwandsentschädigungen für Ratsmitglieder und der Anstieg der Sitzungsgelder für sachkundige Bürger.

Insgesamt schließt das Budget im Jahr 2023 mit einer **Verschlechterung** von rd. **264 T€** ab.

Bürgerdienste, Ordnung und Soziales Budget 02.33

Insgesamt weist das Budget „Bürgerdienste, Ordnung und Soziales“ für das Jahr 2023 eine **Verbesserung** in Höhe von **2.827 T€** aus. Allerdings sind hieraus erforderliche Rückstellungen für das Folgejahr in Höhe von insgesamt 1.245.724,41 € zu bilden. Unter Berücksichtigung von periodenfremden Erträgen aus Landesmitteln von 1.224.500,34 €, ergibt sich eine tatsächlich verfügbare Budgetverbesserung von 357.230,42 €.

Bürgerbüro/Standesamt

Im Produkt Bürgerservice (02.12.02) liegen die Verwaltungsgebühren aus Einnahmen für Reisepässe und Personalausweise (Buchungsstelle 02.12.02.431100) aufgrund eines erhöhten Interesses an den Leistungen mit 48.500 € deutlich über dem veranschlagten Budget. Die damit direkt in Verbindung stehenden Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen (Buchungsstelle 02.12.02.529100) liegen mit rund 19.000 € über dem geplanten Ansatz. Entsprechend wurde der Haushaltsansatz im Rahmen der Budgetierung um den Betrag von 19.000 € sachgebietsintern erhöht, damit die Rechnungen der Bundesdruckerei für Ausweisdokumente beglichen werden konnten.

Aufgrund des Umzugs des Sachgebiets „Bürgerbüro/Standesamt“ in die neuen Räumlichkeiten des Stadtfensters wurden diverse Ausstattungsgegenstände beschafft (Buchungsstelle 02.12.02.528100) sowie Mietzahlungen an die UKBS aufgenommen (Buchungsstelle 02.12.02.542200). Hierfür wurden amtsintern rund 20.000 € aus dem Sachgebiet „Sicherheit und Ordnung“ zur Verfügung gestellt.

Unter Berücksichtigung von geringeren Geschäftsaufwendungen (Buchungsstelle 02.12.02.543100) schließt das Produkt 02.12.02 mit einer Verbesserung von rd. 31.000 € ab.

Durch Mehreinnahmen bei den Verwaltungsgebühren (Buchungsstelle 02.12.03.431100) und diversen Minderaufwendungen ergab sich im Produkt Personenstandswesen (02.12.03) eine Verbesserung um rd. 6.100 €.

Sicherheit und Ordnung

Im Produkt Allgemeine Sicherheit und Ordnung (02.12.04) ist auf der Buchungsstelle 02.12.04.431100 ein Überschuss in Höhe von 32.500 € zu verzeichnen, der im Wesentlichen auf die Genehmigung von Spielhallen nach dem GlüStV 2021 zurückzuführen ist. In der Folge konnten rd 28.100 € im Rahmen der Budgetierung anderen Buchungsstellen zur Verfügung gestellt werden. Unter anderem musste die Buchungsstelle 02.12.04.529143 mit zusätzlichen 13.700 € gestärkt werden, aufgrund eines außergewöhnlich hohen Aufkommens von Sterbefällen, bei denen die Ordnungsbehörde die Bestattung durchführen musste. Insgesamt ergibt sich für das Produkt 02.12.04 eine Verbesserung in Höhe von rd. 25.000 €.

Das Produkt Gewerbewesen (02.12.05) entwickelt sich erwartungsgemäß.

Im Produkt Überwachung des ruhenden Straßenverkehrs (02.12.06) hat die stetige und kontinuierliche Parkraumüberwachung und die Anpassung des bundeseinheitlichen Bußgeldkatalogs aus 2021 zu Mehreinnahmen bei den Verwarnungsgeldern geführt. Abzüglich vorgenommener budgetinterner Mittelverschiebungen in Höhe von 77.260 € (u.a. an die Produkte 02.12.02 und 02.12.07) verblieb hier am Jahresende noch eine Verbesserung von 5.600 €.

Im Produkt Märkte (02.12.09) ist eine Verschlechterung in Höhe von 30.340 € zu verzeichnen. Zurückzuführen ist dies auf ein unplanmäßiges, häufig wetterbedingtes Fernbleiben von Stammhändlern und die damit einhergehende, mangelnde Auslastung des Wochenmarkts.

Brandschutz und Rettungsdienst

Im Produkt Brandschutz und Bevölkerungsschutz (02.12.07) mussten - wie bereits in den Vorjahren - mehrere Aufwandsbuchungsstellen massiv verstärkt werden. Deutliche Mehraufwendungen ergaben sich bei den Buchungsstellen 02.12.07.525100 (Haltung von Fahrzeugen), 02.12.07.525500 (Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens), 02.12.07.529100 (Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen), 02.12.07.541200 (Aufwendungen) und 02.12.07.542100 (Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit) in Höhe von insgesamt rd. 134.000 €. Diese Mehraufwendungen konnten produkt- bzw. budgetintern kompensiert werden. Insgesamt schließt das Produkt mit einer Verschlechterung von 13.000 € ab.

Im Bereich des Rettungsdienstes (Produkt 02.12.08) fallen u.a. Personalaufwendungen sowie Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen an. Die Kostenerstattungen von Gemeinden (Buchungsstelle 02.12.08.448200) und die Erstattungen an Gemeinden (Buchungsstelle 02.12.08.523200) erfolgen immer erst nachträglich im Folgejahr, weshalb es zu entsprechenden Abweichungen kommt. Es handelt sich bei der Ertragshaushaltsstelle u.a. um die Erstattung von Betriebskosten für Rettungswachen durch die Stadt Kamen (u. a. Abschreibungen, Zinsen, Heizkosten, Strom) und bei der Aufwandshaushaltsstelle um Pensions-/Beihilfezahlungen für ausgeschiedene Rettungsdienstmitarbeiter nach Kostenanforderung der Stadt Kamen. Insgesamt schließt das Produkt mit einer Verschlechterung von rd. 82.000 € ab.

Im Bereich Gefahrenvorbeugung (Produkt 02.12.10) konnte der Umbau der Sirenenanlagen im Stadtgebiet abgeschlossen und die Fördermittel von rd. 90.000 Euro verausgabt werden. Losgelöst von der Förderung wurden hier jedoch auch eigene Aufwendungen notwendig, sodass der Ansatz mit rd. 33.000 Euro verstärkt werden musste. Die im Jahr 2022 neu geschaffene Buchungsstelle 02.12.10.529102 wurde im Haushaltsjahr 2023 budgetintern mit ca. 90.000 Euro verstärkt. Hier wurden u.a. die Aufwendungen für die Miete von Stromerzeugern zur Gewährleistung einer Notstromversorgung einzelner kommunaler Gebäude fällig. Im Übrigen entwickelt sich das Produkt planmäßig.

Über die Produkte hinweg ergeben sich zudem Rückstellungen in Höhe von rd. 200.000 € u.a. für Instandhaltungsarbeiten.

Soziales

Im Sachgebiet Soziales (Produkte 05.31.02, 05.31.04, 05.31.05, 05.31.06 und 10.52.01) ergibt sich zum Jahresende 2023 eine rechnerische Verbesserung um 2.883.553,88 €. Hierin sind allerdings Erträge aus Landesmitteln i.H.v. 2.270.338,86 € enthalten, die zwar in 2023 gebucht wurden, aber auch für das Budgetjahr 2024 eingesetzt werden können bzw. sollen. Die tatsächliche Verbesserung bezogen auf das Jahr 2023 beträgt 613.215,02 €.

Für das Produkt Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten (05.31.04) ist eine Verbesserung von rd. 2.562.800 € erzielt worden. Diese Verbesserung resultiert aus umfangreich bewilligten Landesmitteln für die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten. Mit umfangreichen Zuweisungen von Geflüchteten – insbesondere seit Ende Juli 2023 - ist auch die Anzahl der Personen gestiegen, für die eine pauschalierte Landeszuweisung nach § 4 FlüAG gewährt wird. Allein aus Entlastungsmitteln des Landes bzw. weitergeleiteten Bundesmitteln ergaben sich Mehrerträge i.H.v. rd. 2.270.340 € bei den Buchungsstellen 05.31.04.414100 und 05.31.04.414101, die für einen Zeitraum bis einschließlich 2024 eingesetzt werden können. Soweit für bestimmte Beträge kein Verwendungsnachweis erbracht werden könnte, würde sich noch eine (teilweise) Rückzahlungsverpflichtung für diese Mittel gegenüber dem Land ergeben. Aufgrund der gestiegenen Personenzahlen ergeben sich gegenüber der Planung auch erhöhte Kostenerstattungen durch Sozialleistungsträger (Buchungsstellen 05.31.04.448400: ca. 31.600 €) bzw. durch die Leistungsempfänger selbst (Buchungsstellen 05.31.04.448800: ca. 31.900 €). Aus den gestiegenen Personenzahlen resultieren aber auch Mehraufwendungen im Bereich der Leistungsgewährung nach dem AsylbLG (Buchungsstelle 05.31.04.533900).

Im Produkt Unterbringung von Geflüchteten und von Obdachlosigkeit bedrohten Personen (05.31.05) ergeben sich gegenüber der Planung eine Verbesserung von ca. 287.760 €. Diese resultieren aus erheblich höheren Erträgen bei den Benutzungsgebühren, da für die Geflüchteten aus der Ukraine und Personen mit Aufenthaltstitel im Leistungsbezug SGB II/XII die Benutzungsgebühren übernommen werden. Im Gegenzug besteht ein zusätzlicher Aufwand für die Anmietung von Wohnungen und dem Verwaltungstrakt im Bildungscampus Nehemia e.V. (früher FAKT Campus) zur Unterbringung von Geflüchteten i.H.v. ca. 649.700 € (Buchungsstelle 05.31.05.542200), der im Rahmen der Budgetierung aufgefangen werden konnte.

Die Produkte Sozialhilfe und Grundsicherung nach dem SGB XII (05.31.02), Sonstige Fördermaßnahmen (05.31.06) und Wohngeld (10.52.01) entwickelten sich wie prognostiziert.

Amt für Schulverwaltung, Weiterbildung und Sport 02.40

Trotz höchster Aktivitäten auf den Sektoren der baulichen Unterhaltung und der Beschaffung notwendiger Unterrichtsmaterialien in allen drei Sachgebieten ist festzustellen, dass einige Maßnahmen der baulichen Unterhaltung nicht im gewünschten Umfang abgewickelt werden konnten. Zusätzlich konnten nicht vorhersehbare Fördergelder und sonstige Einnahmen für den Unterrichtsbetrieb in Höhe von rund 750 T€ verzeichnet werden.

Die **Budgetverbesserung** beläuft sich auf rund **991 T€**.

Jugendamt Budget 02.51

In den Teilbudgets Unterhaltsvorschuss, Tagespflege und Kindertageseinrichtungen sind die Ausgaben innerhalb des Budgets geblieben, bzw. konnten durch Mehrerträge in den jeweiligen Bereichen aufgefangen werden.

Im Bereich der Kindertageseinrichtungen sollte es laut Prognose im September zu einer Budgetüberschreitung von 900 T€ kommen. Durch eine überplanmäßige Bereitstellung sollte der Budgetbedarf ausgeglichen werden. Letztlich konnte hier durch Mehreinnahmen und Minderausgaben ein Überschuss von 303 T€ erzielt werden.

Bei den erzieherischen Hilfen, zu denen auch die Unterbringungen von Elternteilen mit ihren Kindern in einer gemeinsamen Wohnform (Mutter/Vater-Kind-Einrichtung) und die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder zählen, haben steigende Fallzahlen zu deutlich höheren Ausgaben geführt. Aufgrund zusätzlicher Förderbedarfe sind notwendige Finanzierungen von privaten Tagesschulen mit ca. 50% höheren Kosten für ambulante Eingliederungshilfen zu leisten.

Zudem wurden für die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes im Jahr 2022 tarifliche Entlastungstage und die Gewährung von monatlichen Zulagen eingeführt. Die Träger von stationären und ambulanten Hilfen haben hiernach Anfang 2023 ihre Entgelte um 10 – 18% erhöht.

Die vorgenannten Entwicklungen und Preissteigerungen haben zu einer **Budgetverschlechterung** von ca. **4.052 T€** geführt.

Finanzen und Steuern Budget 03.20

Rechnerisch ergibt sich eine **Budgetverbesserung** in Höhe von **318 T€**. Die einzelnen Positionen sind aus der in der Anlage beigefügten Tabelle ersichtlich. Endgültige Werte (insbesondere fehlende Abschlussbuchungen) ergeben sich erst nach Erstellung des Jahresabschlusses 2023.

1. Die Konzessionsabgaben der GSW-Gemeinschaftsstadtwerke im Bereich Stromversorgung fallen nach erfolgter Abrechnung um 59 T€ niedriger aus als eingeplant.
2. Die Konzessionsabgaben der GSW-Gemeinschaftsstadtwerke im Bereich Gasversorgung fallen nach erfolgter Abrechnung um 12 T€ höher aus als eingeplant.
3. Aufgrund des positiven Jahresergebnisses der GSW für das Geschäftsjahr 2022 ergibt sich bei der Gewinnausschüttung ein Mehrertrag in Höhe von 289 T€.
4. Die Konzessionsabgaben der GSW-Gemeinschaftsstadtwerke im Bereich Wasserversorgung fallen nach erfolgter Abrechnung um 30 T€ höher aus als eingeplant.
5. Der tatsächliche Bescheid zur Krankenhausfinanzierung ergibt eine Verbesserung des Budgets in Höhe von 12 T€.
6. Aufgrund der höheren Gewinnausschüttung der GSW ist bei der Kapitalertragsteuer eine Verschlechterung in Höhe von 46 T€ zu verzeichnen.
7. Die Abrechnung der VKU bezüglich des Refinanzierungsanteils ÖPNV für das Jahr 2022 führt zu Minderaufwendungen im Vergleich zur Planung in Höhe von 80 T€.

Amt für Recht und Vergabe Budget 03.30

Die Budgetverbesserung ist zurückzuführen auf Minderaufwendungen in den Bereichen der Sachverständigen-, Gerichts- u. ä. Kosten sowie bei Beratungsaufwendungen für Großprojekte/europaweite Ausschreibungen.

Letztendlich sind **Verbesserungen** in Höhe von **108 T€** festzustellen.

Kulturreferat Budget 03.41

Im Wesentlichen ist die Budgetverbesserung darin begründet, dass in einzelnen Produkten Mittel nicht verausgabt werden konnten. Verschiedene Maßnahmen, Projekte und Veranstaltungen konnten im Haushaltsjahr 2023 nicht abgewickelt werden.

Insgesamt wird eine **Verbesserung**, nach Rückstellungsbildung für nicht ausgeführte Projekte, in Höhe von rund **39 T€** verzeichnet.

Amt für Immobilienwirtschaft Budget 04.23

Eine wesentliche Budgetverbesserung ergibt sich aus der Tatsache, dass der Versorgungsträger GSW im Rahmen der Jahresrechnungen 2022 im Jahr 2023 Erstattungen an die Stadt in Höhe von ca. 130 T€ vorgenommen hat, die aus buchungstechnischen Gründen im Budget des bewirtschaftenden Fachamtes geführt werden und das Budgetergebnis beeinflussen.

Im Budgetergebnis noch nicht berücksichtigt sind die Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken. Diese werden erst nach Abschluss des Haushaltsjahres unter Berücksichtigung der bestehenden Anlagewerte ermittelt und voraussichtlich zu einer weiteren positiven Änderung des Budgetergebnisses führen.

Die **Budgetverbesserung** im Jahr 2023 beläuft sich auf rund **217 T€**.

Amt für Bauaufsicht, Bauberatung, Bauverwaltung Budget 04.60

Aufgrund der aktuellen Personalbesetzung und einer hohen Anzahl von Krankheitstagen sind außergewöhnlich wenige Baugenehmigungen erteilt worden.

Insgesamt ist eine **Verschlechterung** in Höhe von rd. **45 T€** zu verzeichnen.

Stadtplanung, Straßen und Grünflächen Budget 04.61

Durch Personalengpässe beim Landesbetrieb Straßenbau NRW und langwierige Planungsprozesse werden die Kostenerstattungen für den Radwegebau am Westenhellweg für 2023 nicht erzielt.

Letztendlich kommt es zu einer **Verschlechterung** in Höhe von rd. **207 T€**.

Baubetriebshof 04.68

Aufgrund der allgemeinen Preissteigerung, die in diesem Ausmaß bei Budgetaufstellung im Frühjahr 2021 nicht prognostiziert werden konnte, zeichnete sich schon früh ab, dass die Mittel in einigen Bereichen nicht ausreichen werden. Bei der Haltung von Fahrzeugen, Mieten und Pachten waren Aufwendungen für einen Krisenfall (Anmietung Stromgenerator) und die zusätzliche Anmietung von Fahrzeugen zur Corona-Risikominimierung zu berücksichtigen.

Insgesamt ist eine **Verschlechterung** in Höhe von rd. **30 T€** anzuzeigen.

Allgemeine Finanzwirtschaft Budget 09.20

Rechnerisch ergibt sich eine Budgetverbesserung in Höhe von **13.909 T€**. Die einzelnen Positionen sind aus der in der Anlage beigefügten Tabelle ersichtlich. Endgültige Werte (insbesondere fehlende Abschlussbuchungen) ergeben sich erst nach Erstellung des Jahresabschlusses 2023.

1. Bei der Grundsteuer B ergeben sich Mindererträge in Höhe von 115 T€.
2. Bei der Höhe der Gewerbesteuer ergeben sich Mehrerträge in Höhe von 6.599 T€ im Vergleich zur Planung.
3. Aufgrund einer Abrechnung anhand von Vorjahreswerten ist beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit Mehrerträgen in Höhe von 17 T€ zu rechnen.
4. Beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer ergeben sich nach erfolgter Schlussabrechnung Mehrerträge in Höhe von 127 T€.
5. Bei der Vergnügungssteuer wurden Mehrerträge in Höhe von 184 T€ erzielt.
6. Die Erträge aus der Steuer für sexuelle Vergnügungen sind 8 T€ niedriger als im Ansatz.
7. Nach dem Abrechnungsbescheid des Landes NRW ergeben sich bei den Leistungen aus dem Familienleistungsausgleich Mehrerträge in Höhe von 379 T€.
8. Bei den Schlüsselzuweisungen vom Land ergeben sich Mehrerträge in Höhe von 9.149 T€.
9. Bei den Erträgen aus der Gewerbesteuervollverzinsung ergeben sich Verschlechterungen in Höhe von 230 T€.
10. Bei den Gewinnanteilen aus verbundenen Unternehmen ergibt sich eine Verschlechterung in Höhe von 8 T€.
11. Aus den Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen ergeben sich Minderaufwendungen in Höhe von 29 T€.
12. Bei den Gewerbesteuerumlagen ergeben sich aufgrund der tatsächlichen Ist-Einzahlungen des Jahres 2022 Mehraufwendungen in Höhe von 471 T€.

13. Der Kreistag hat beschlossen, die Kreisumlage für das Jahr 2023 auf einen Hebesatz von 34,62 v.H. festzusetzen. Zudem ist aufgrund der gestiegenen Umlagengrundlage ein Mehraufwand von 2.690 T€ entstanden.
14. Die tatsächlichen Aufwendungen aus Forderungsabgängen führen zu einer Verbesserung in Höhe von 202 T€.
15. Bei den Zinsaufwendungen aus der Gewerbesteuervollverzinsung ergeben sich Verbesserungen in Höhe von 133 T€.
16. Bei den Verwarentgelten für Giro Guthaben ergeben sich Minderaufwendungen in Höhe von 100 T€.
17. Aufgrund der Zinsentwicklung der letzten Jahre und der Nichtaufnahme von Krediten, kann eine Ersparnis bei den Zinsaufwendungen für Investitionskredite in Höhe von 817 T€ erzielt werden.
18. Aufgrund des günstigen Zinsniveaus der letzten Jahre und der tatsächlichen Inanspruchnahme von Kassenkrediten können Zinseinsparungen in Höhe von 99 T€ erreicht werden.

Entwicklung der Deckungskreise

Die Deckungskreise werden von den Budgetverantwortlichen in ihren Stellungnahmen nicht berücksichtigt. Daher folgt an dieser Stelle eine budgetübergreifende Darstellung der Deckungskreise:

Deckungskreis	Verbesserung (+) bzw. Verschlechterung (-) in T€
Deckungskreis Personal (1)	+ 748
Deckungskreis Personal (3)	+ 602
Deckungskreise Sachaufwendungen:	
Büroeinrichtungen und -maschinen (100)	+/- 0
Wartung EDV-Anlagen und Büromaschinen (101)	+ 10
Mieten EDV-Anlagen und Büromaschinen (110)	+ 46
Unterhaltung Kfz, Steuer, Versicherung (130)	+ 9
Betriebsstoffe (131)	+ 3
Versicherungen und Schadenfälle (140)	+ 4
Bürobedarf (141)	- 11
Literatur (142)	- 10
Porto, Frachtkosten, Mobilfunkgebühren (143)	-12
Öffentliche Bekanntmachungen (144)	+ 1
Dienstreisen (145)	+ 13
Software (147)	+/- 0
Verfilmung/ Digitalisierung von Schriftgut (148)	+ 17
Zwischensumme Deckungskreise ZD	(+ 70)
Mieten technische Anlagen	+ 4
Grundbesitzabgaben, Gebäude, Inventarversicherungen	+ 28
Heizung, Kehrgebühren	- 147
Reinigungsmittel	+ 5
Reinigung öffentlicher Gebäude	- 250
Strom	- 514
Wasser	- 34
Versicherungen	- 47
Telefongebühren	+ 94
Zwischensumme Deckungskreise StA 23	(- 861)
Deckungskreise (nur Sachaufwendungen)	- 791
Deckungskreise gesamt	<u>+ 559</u>

Deckungskreise der Zentralen Dienste

Deckungskreis (1) – Personalaufwendungen

Nach der Berechnung des Sachgebietes Personal schließt der Deckungskreis 1 "Personalaufwendungen" im Jahr 2023 mit einem **Minderaufwand** von rund **748 T€** ab.

Das berechnete Ergebnis ergibt sich nach Verrechnung der voraussichtlichen Mehraufwendungen mit den voraussichtlichen Minderaufwendungen.

Mehraufwendungen:

- Tarifabschluss im Sozial- und Erziehungsdienst 2022

Im Rahmen des im Jahr 2022 getroffenen Tarifabschlusses im Sozial- und Erziehungsdienst erfolgt seit dem 01.07.2022 unter anderem die Zahlung einer monatlichen SuE-Zulage an bestimmte Entgeltgruppen (S 2 bis S 12, S 14, S 15 Fg. 6 TVSuE). Die Mehraufwendungen für diese Zulage beliefen sich in 2023 auf **rund 180.000 Euro**.

- Tarifabschluss TVöD-V 2023

Infolge des Tarifabschlusses für den Bereich des TVöD-V entstanden für das Haushaltsjahr 2023 ungeplante Mehraufwendungen in Höhe von **rund 463.000 Euro**. Der Tarifabschluss sah für das Jahr 2023 die Zahlung eines Inflationsausgleichs in Form einer Einmalzahlung im Juni 2023 sowie monatlicher Zahlungen ab Juli 2023 vor.

Der an alle Tarifbeschäftigten für 2023 zu zahlende Inflationsausgleich belief sich insgesamt auf rund 963.000 Euro. Im Rahmen der Ansatzermittlung für 2023 wurde dagegen eine Erhöhung der Entgelte um 2% zum 01.01.2023 berücksichtigt. Dies entspricht einem Betrag von rund 500.000 Euro.

- Tarifabschluss TV-L / Übertragung des Ergebnisses auf den Beamtenbereich

Infolge des Tarifabschlusses für den Bereich des TV-L und der seitens der Landesregierung angekündigten Übertragung entstanden für Beamtenbereich zu Lasten des Haushaltsjahres 2023 Einmalzahlungen in Höhe von **rund 120.000 Euro**.

- Allgemeine Ansatzverbesserung

Aufgrund der Vorgaben des StA 20 musste bei der Aufstellung der Ansätze für das Haushaltsjahr 2023 insgesamt eine Ansatzverbesserung in Höhe von insgesamt 500.000 Euro kalkuliert werden. Hiervon wurden jeweils 250.000 Euro im Deckungskreis 1 und im Deckungskreis 3 berücksichtigt.

Im Deckungskreis 1 erfolgte die Berücksichtigung infolge einer Verringerung des Gesamtansatzes um 250.000 Euro. Konkrete Maßnahmen, die im Gegenzug auch zu entsprechenden Minderaufwendungen führten, lagen dieser Ansatzverringering nicht zugrunde, sodass die Minderaufwendungen im laufenden Haushaltsjahr zu erwirtschaften waren. Folglich stellt die Ansatzverbesserung im Ergebnis einen Mehraufwand in Höhe **von 250.000 Euro** dar.

- Veränderungen zum Stellenplan 2022/2023

Aufgrund verschiedener Veränderungen, die zum ursprünglich bewilligten Stellenplan 2022/2023 genehmigt und durchgeführt wurden, entstanden in 2023 Mehraufwendungen in Höhe von **rund 880.000 Euro**.

Zu den relevanten Veränderungen gehörten insbesondere die Schaffung zusätzlicher (befristeter) Stellen/-anteile sowie die Anhebung von Stellenausweisungen. Den Mehraufwendungen standen nur teilweise Mehrerträge im DK 3 gegenüber (s. unten).

- Beihilfen

Im Bereich der Beihilfen waren für das Haushaltsjahr 2023 Mehraufwendungen in Höhe von **rund 58.000 Euro** zu verzeichnen.

- Versorgungsumlage

Im Bereich der Versorgungsumlage sind Mehraufwendungen in Höhe von rund **80.000 Euro** entstanden. Dies resultiert sowohl aus der Erhöhung der Versorgungsleistungen im Zusammenhang mit Besoldungserhöhungen als auch aus einer Erhöhung des Umlageanteils.

Minderaufwendungen:

- Stellenplan 2022/2023

Anlässlich der Aufstellung des Stellenplans 2022/2023 wurden für das Haushaltsjahr 2023 Mehraufwendungen in Höhe von rund 1.867.000 Euro kalkuliert. Im Ergebnis beliefen sich die Mehraufwendungen auf rund 1.562.000 Euro, sodass hier Minderaufwendungen von **rund 305.000 Euro** entstanden sind. Die Minderaufwendungen resultieren insbesondere daraus, dass die im Rahmen des Stellenplans neu geschaffenen Stellen nicht vollständig in 2023 besetzt werden konnten bzw. nicht durchgehend besetzt waren.

- Familienzentren

Im Bereich der Familienzentren sind Minderaufwendungen in Höhe von **rund 258.000 Euro** entstanden. Die Minderaufwendungen resultierten insbesondere aus zeitweise unbesetzten Stellen (z.B. aufgrund von Arbeitsunfähigkeit, Schwierigkeiten in der Personalfindung).

- Personalpolitische Maßnahmen

Personalpolitisch konnten die Personalkosten zusätzlich um **rund 2.226.000 Euro** durch diverse Maßnahmen bzw. Umstände vermindert werden:

- unerwartetes Ausscheiden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne unmittelbare Nachbesetzung
- krankheitsbedingte bzw. mutterschutzrechtlich bedingte Ausfälle ohne bzw. mit Vertretungen, die geringere Personalkosten verursachen (z.B. durch niedrigere Stufenzuordnung)
- Verlängerung / Gewährung von Teilzeitbeschäftigungen / Beurlaubungen, ohne dass die freien Stellen bzw. Stellenanteile unmittelbar nachbesetzt werden
- freie Stellen, für die (noch) keine adäquaten Bewerberinnen und Bewerber gefunden werden konnten

Anmerkung:

Die aus diesen Maßnahmen resultierenden Minderaufwendungen führen in der Regel zu einer erheblichen Belastung der übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den betroffenen Fachämtern, sodass die genannten Minderaufwendungen nicht bei der Ermittlung von Personalkostenansätzen für Folgejahre als Maßstab herangezogen werden können.

Übersicht:

Tarifabschluss Sozial- u. Erziehungsdienst	180 T€
Tarifabschluss TVöD-V 2023	463 T€
Tarifabschluss TV-L	120 T€
Ansatzverbesserung	250 T€
Veränderungen zum Stellenplan	880 T€
Beihilfe	58 T€
Versorgungsumlage	80 T€
Mehraufwendungen	2.031 T€
Stellenplan 2022/2023	305 T€
Familienzentren	248 T€
Personalpolitische Maßnahmen	2.226 T€
Minderaufwendungen gesamt	2.781 T€
Ergebnis Gesamt (Minderaufwendungen)	748 T€

Deckungskreis (3) - Personalkostenerstattungen

Der Deckungskreis 3 schließt im Haushaltsjahr 2023 mit einem Mehrertrag in Höhe von **rund 602 T€** ab. Die Mehrerträge lassen sich folgendermaßen begründen:

Mindererträge:

- Allgemeine Ansatzverbesserung

Aufgrund der Vorgaben des StA 20 musste bei der Aufstellung der Ansätze für das Haushaltsjahr 2023 eine Ansatzverbesserung in Höhe von insgesamt 500.000 Euro kalkuliert werden. Diesbezüglich wurden jeweils 250.000 Euro im Deckungskreis 1 und im Deckungskreis 3 berücksichtigt.

Im Deckungskreis 3 erfolgte die Berücksichtigung infolge einer Erhöhung des Gesamtansatzes um 250.000 Euro. Konkrete Maßnahmen, die im Gegenzug auch zu entsprechenden Mehrerträgen führten, lagen dieser Ansatzverringerung nicht zugrunde, sodass die Mehrerträge im laufenden Haushaltsjahr zu erwirtschaften waren. Folglich stellt die Ansatzverbesserung im Ergebnis einen Minderertrag in Höhe von **250.000 Euro** dar.

- Adoptionsvermittlung

Bei der Ermittlung der Ansätze für diesen Bereich wurde davon ausgegangen, dass zwei Vollzeitstellen anteilig durch die beteiligten Kommunen erstattungsfähig sind. Nach Mitteilung des Jugendamtes ist es tatsächlich nur eine Vollzeitstelle, sodass hier entsprechende Mindererträge in Höhe von **rund 32.000 Euro** entstanden sind.

Mehrerträge:

- Landeskinderschutzgesetz / Jugendamtsscharfer Belastungsausgleich

Im Zusammenhang mit dem Landeskinderschutzgesetz erfolgte eine Aufstockung des Personalbedarfs im Bereich des Allgemeinen Sozialen Dienstes sowie die Schaffung einer halben Stelle "Netzwerkkoordination Kinderschutz". Im Rahmen des Konnexitätsprinzips erfolgten entsprechende Personalkostenerstattungen ("Jugendamtsscharfer Belastungsausgleich") in Höhe von **rund 179.000 Euro**, die zumindest im Jahr 2023 die entstandenen Mehraufwendungen im Bereich des DK 1 (enthalten oben im Punkt "Veränderungen zum Stellenplan 2022/2023") decken konnten.

- Refinanzierung von Stellen

Verschiedene (zum Teil zusätzlich zum Stellenplan eingerichtete) Stellen wurden im Rahmen von Förderprogrammen (teilweise) oder aber auch im Rahmen von Eingliederungszuschüssen bei der Einstellung von zuvor arbeitssuchend gemeldeten Personen refinanziert, sodass hier zusätzliche, nicht kalkulierte Personalkostenerstattungen in Höhe von **rund 51.000 Euro** entstanden sind.

- Digitalpakt Schulen (IT-Administration)

Für die beiden vorhandenen Stellen der EDV-Beauftragten im Amt "Schulverwaltung, Weiterbildung und Sport" konnten aus dem Förderprogramm "Digitalpakt Schulen (IT-Administration)" in 2023 Personalkostenerstattungen in Höhe von **rund 190.000 Euro** vereinnahmt werden.

- Musikschule

Infolge einer Ausdehnung des "JeKits"-Angebots an den Bergkamener Schulen waren für diesen Bereich Mehrerträge in Höhe von **rund 20.000 Euro** zu verzeichnen.

Weiterhin entstanden Mehrerträge in Höhe von **rund 30.000 Euro** durch das Programm "Musikschuloffensive", die jedoch im DK 1 durch die Aufstockung der Personaldecke zu entsprechenden Mehraufwendungen führten.

Weitere Mehrerträge können der unten stehenden Übersicht entnommen werden.

Übersicht:

Minderertrag	
Ansatzverbesserung	250 T€
Adoptionsvermittlung	32 T€
Mindererträge gesamt	282 T€
Landeskinderschutzgesetz/Jugendamtsscharfer Belastungsausgleich	179 T€
Refinanzierung von Stellen	51 T€
Digitalpakt Schulen (IT-Administration)	190 T€
Musikschule	50 T€
Erziehungsberatungsstelle (Erstattung durch Stadt Kamen)	67 T€
Zentrale Vergabestelle (Erstattung durch Gemeinde Bönen)	12 T€
Versorgungsentlastung im Rahmen der Versetzung von Beamt/innen	100 T€
WbG-Förderung VHS	22 T€
Familienzentren	99 T€
Abordnung Beamtin	28 T€
Mehrerträge gesamt	884 T€
Mehrerträge gesamt	602 T€

Stellungnahme zu den Erträgen aus internen Leistungsbeziehungen

Im Rahmen der inneren Verrechnung für die seitens der Zentralen Dienste gezahlten Künstlersozialabgaben durch die beteiligten Fachämter sind Mindererträge in Höhe von **2.300 Euro** zu verzeichnen. Dies resultiert daraus, dass höhere Aufwendungen für Künstler entstanden sind, als ursprünglich kalkuliert wurde.

Hinweis:

Indem die Beträge für die innere Verrechnung im Bereich der Künstlersozialabgaben in 2023 höher ausfallen, werden auch die Ausgaben an die Künstlersozialkasse in 2024 höher ausfallen, da sich die Höhe der Künstlersozialabgaben nach den an die Künstlerinnen und Künstler im Vorjahr gezahlten Entgelte richtet.

Abschließend wird festgestellt, dass der Deckungskreis 1 "Personalaufwendungen" mit einem **Minderaufwand** von **rund 748 T€** abschließt. Der Deckungskreis 3 "Personalkostenerstattungen" schließt mit einem **Mehrertrag** in Höhe von **rund 602 T€** ab.

Deckungskreise Sachaufwendungen

Zu den nachgenannten Deckungskreisen in den ZD kann festgehalten werden, dass es sowohl Mindererträge sowie auch erhebliche Mehraufwendungen zu verzeichnen gab. Letztendlich konnten die Deckungskreise fast ausgeglichen gestaltet werden.

Deckungskreis (101) – Wartung EDV-Anlagen/ Büromaschinen

Gemeinsamer Deckungskreis von ZD/10 und ZD 16

Dieser Deckungskreis wurde mit **Minderaufwendungen** in Höhe von **10 T€** abgeschlossen.

Deckungskreis (110) – Mieten EDV-Anlagen/ Büromaschinen

Gemeinsamer Deckungskreis von ZD/10 und ZD/16

In diesem Deckungskreis konnten rund **46 T€ Minderaufwendungen** verzeichnet werden.

Deckungskreis (140) - Versicherung und Schadensfälle

In diesem Deckungskreis stehen rund 655 T€ zur Verfügung, die nicht vollständig verausgabt wurden.

Der **Minderaufwand** beträgt rd. **4 T€**.

Deckungskreis (142) – Literatur – Bücher – Zeitschriften

Wie in den Vorjahren reichten die veranschlagten Mittel nicht aus. So dass der Deckungskreis mit rund 10 T€ verstärkt werden musste. Der Mehraufwand entstand u. a. für zusätzlich erforderliche Online-Portale.

Der **Mehraufwand** beläuft sich auf rund **10 T€**.

Deckungskreis (143) - Porto, Frachtkosten und Mobilfunkgebühr

Im Jahre 2023 stehen für Porto- und Mobilfunkgebühren rund 117 T€ zur Verfügung. Hier war früh abzusehen, dass die Mittel nicht ausreichen werden. Der Mehrbedarf entsteht durch die Erhöhung der Portokosten im Jahr 2023.

Der **Mehraufwand** beziffert sich auf rund **12 T€**.

Deckungskreis (145) Dienstreisen

Im Deckungskreis Dienstreisen ist hingegen ein **Minderaufwand** in Höhe von rd. **13 T€** zu verzeichnen. Dies resultiert zum einen daraus, dass die Sparbemühungen der Zentralen Dienste (z. B. konsequente Anordnung der Dienstwagennutzung, Ticket 2000, Kontrolle der Fahrtenbücher, Bereitstellung von weiteren Dienstwagen) greifen. Diese werden daher konsequent weiter verfolgt.

Deckungskreis (147) Software

Insbesondere im Hinblick weiterer Ausgaben im Bereich des Onlinezugangsgesetzes, mobilen Arbeitens und der Datenschutz- und Sicherheitskonzepte wurden die Ansätze für das HHJ 2023 erhöht.

Die Vorgaben des Deckungskreises konnten daher eingehalten werden.

Deckungskreis (148) Verfilmung/Digitalisierung

Im Jahr 2023 waren für die Digitalisierung 30 T€ verfügbar. Da nicht alle Projekte umgesetzt werden konnten wurden lediglich rund 13 T€ verausgabt. Der Bedarf in den nächsten Jahren wird voraussichtlich deutlich höher ausfallen.

Der **Minderaufwand** beläuft sich auf rund **17 T€**.

Fazit zu den Deckungskreisen der Zentralen Dienste

Insgesamt ist festzustellen, dass bei konsequent wirtschaftlichen Verwaltungshandelns, d.h. durch einen sparsamen Umgang mit anvertrauten Haushaltsmitteln eine **Verbesserung** von voraussichtlich insgesamt **+ 1.420 T€ (+ 748 T€ Personalkostenerstattungen + 602 T€ Personalaufwendungen + 70 T€ Sachaufwand)** zu verzeichnen ist.

Deckungskreise Immobilienwirtschaft

Deckungskreis 23 – Fremdreinigung

Pandemiebedingt fielen in 2022 durch erhöhte Hygienestandards Extrakosten von ca. 247 T€ an. Diese entfielen in 2023. Bereinigt lagen die Kostend der Fremdreinigung in 2022 bei ca. 1.300.000,00 €. In 2023 entstanden Kosten in Höhe von ca. 1.506.000,00 €, somit ca. 206.000,00 € mehr. Die Fremdreinigung wurde zum 01.07.2022 neu ausgeschrieben. Hierdurch ergaben sich im Vergleich zu den bisherigen Anbietern Mehrkosten, die sich im Jahr 2023 erstmals ganzjährig ausgewirkt haben. Eine weitere Steigerung resultiert daraus, dass sich die Anzahl der zu reinigen Objekte erhöht hat. Verbunden ist hiermit eine Personalauslagerung auf mehrere Gebäude im gesamten Stadtgebiet.

Der **Mehraufwand** liegt somit bei rund **250 T€**.

Deckungskreis 23 – Heizung und Kehrgebühren

Die im Bereich der städt. Gebäude entstehenden Heizkosten werden monatlich bzw. jährlich mit monatlichen Vorauszahlungen abgerechnet. Bedingt durch die durchgeführten energetischen Maßnahmen konnten die Verbräuche in den vergangenen Jahren erheblich gesenkt werde. Lagen die Kosten in 2022 noch bei ca. 1.374 T€, fielen in 2023 nur ca. 1.275 T€ an, somit ca. 99 T€ weniger. Im Laufe der Jahre kann es allerdings immer wieder zu Schwankungen bei den Kosten kommen, da der Heizungsverbrauch witterungsbedingt unterschiedlich hoch ist.

Die Einsparungen im Bereich der Heizkosten wurden durch Mehraufwendungen im Bereich der Kehrgebühren aufgebraucht.

Der Bereich Heizung und Kehrgebühren schließt somit mit einem **Mehraufwand** von rund **147 T€** ab.

Deckungskreis 23 - Strom

Insbesondere beim Strom ergaben sich im Vergleich zu 2022 erhebliche Kostensteigerungen durch die sogenannte Energiekrise, unter anderem bedingt durch den Ukraine-Krieg. Die im Februar 2023 von der GSW versandten Rechnungen wurden durchgängig durch Korrekturrechnungen ab 01.06.2023 ersetzt, die ab diesem Zeitpunkt wesentlich höhere Abschlagssummen enthielten.

Hier ist ein **Mehraufwand** in Höhe von **514 T€** festzustellen.

Deckungskreis 23 - Wasser

Beginnend mit dem Doppelhaushalt 2022/2023 wurde der Deckungskreis „Strom, Wasser, Kehrgebühren“ aufgeteilt. Die Kostenblöcke „Strom und Wasser“ wurden getrennt und bieten künftig die Möglichkeit einer differenzierteren Betrachtung.

Die Wasserverbräuche der vergangenen Jahre wurden regelmäßig von feuchten bzw. trockenen Jahresperioden beeinflusst. Bereits in der Vorbemerkung wurde erläutert, dass das Abrechnungssystem zu erheblichen Schwankungen bei den Ausgaben führen kann.

Insgesamt ist eine **Mehraufwand** in Höhe von **34 T€** festzuhalten.

Deckungskreis 23 – Telefon- und Internetgebühren

Der Trend der vergangenen Jahre mit ständig steigenden Ausgaben im Bereich Telefonie und Internet hat sich fortgesetzt, da immer höhere Kosten für die Ausstattung zusätzlicher Arbeitsplätze und die Installation weiterer Geräte anfallen, um den ständig wachsenden Anforderungen gerecht zu werden. Insbesondere an den Schulen wurde die Infrastruktur durch die mittlerweile abgeschlossene Inhouseverkabelung wesentlich verbessert. Pandemiebedingt waren im Jahr 2022 viele Schulen über lange Zeiträume geschlossen. Hierdurch wurden viele Angelegenheiten online oder auch telefonisch erledigt, was in dieser Zeit zu nicht unerheblichen Mehrkosten geführt hat. Diese Einschränkungen gab es im Jahr 2023 nicht mehr, so dass nach stetigen Kostensteigerungen in den Vorjahren erstmals geringere Kosten anfielen.

Die **Minderaufwendungen** belaufen sich auf rund **94 T€**.

Fazit zu den Deckungskreisen des Sachgebietes Hochbau, Gebäudewirtschaft

Im Haushaltsjahr 2023 standen für die Bewirtschaftung der Deckungskreise Gesamtmittel in Höhe von zunächst 4.860 T€ zur Verfügung. Die Bewirtschaftung der entsprechenden Positionen des Baubetriebshofes erfolgt über das Sachkonto und ist daher nicht Gegenstand dieser Stellungnahme. Der Stellungnahme aus Oktober 2023 konnte bereits entnommen werden, dass die o. g. Mittel nicht ausreichen werden, um der voraussichtlichen Zahlungsverpflichtung nachzukommen. Der Rat der Stadt Bergkamen hat daher eine überplanmäßige Ausgabe im Deckungskreis 65 – Bewirtschaftung städt. Gebäude und Grundstücke – in Höhe von 1.024 T€ beschlossen.

Letztendlich schließen die Deckungskreise insgesamt mit einem **Mehraufwand** in Höhe von **861 T€** ab.

Fazit zum Ergebnis aller Deckungskreise

Die Deckungskreise der ZD werden voraussichtlich mit einer Verbesserung von insgesamt **1.420 T€** und die Deckungskreise des Stadtamtes 65 mit einer Verschlechterung in Höhe von **861 T€** abschließen. Mithin ist nach aktueller Sachlage im Bereich der Deckungskreise mit einer **Gesamtverbesserung** von **559 T€** zu rechnen.